



Budget 2020
Finanzplan 2020–2023

Bericht und Antrag der erweiterten Staatswirtschaftskommission
vom 6. November 2019

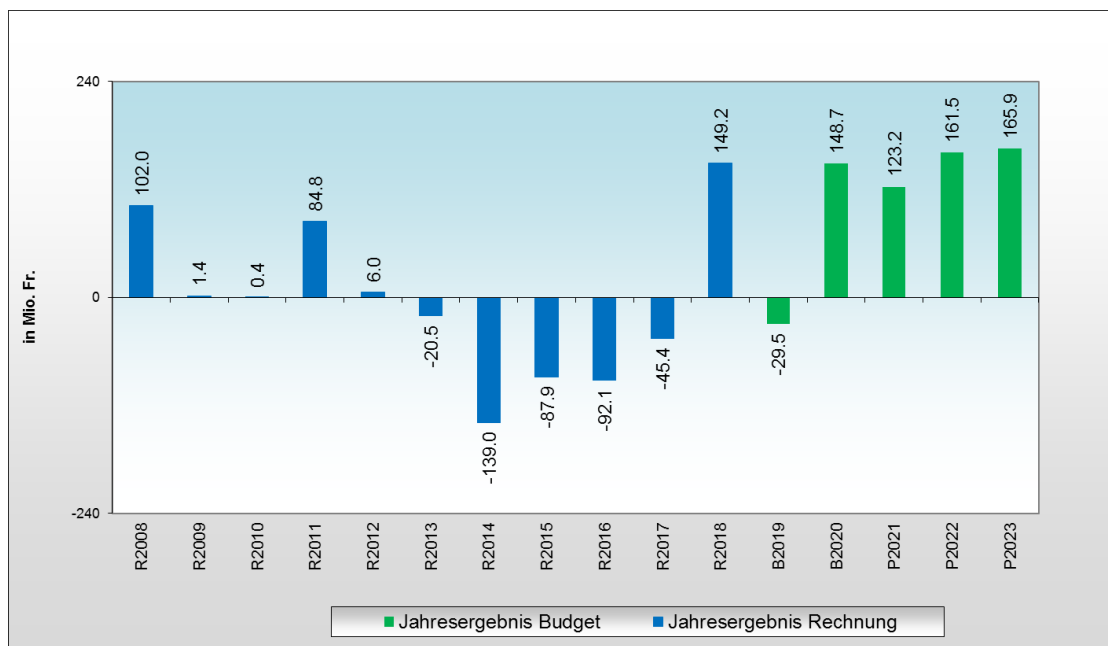
Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Die erweiterte Staatswirtschaftskommission (Stawiko) hat das Budget und den Finanzplan am 6. November 2019 beraten. Neben Finanzdirektor Heinz Tännler haben auch Roger Wermuth, Leiter Finanzverwaltung, und Walter Hunziker, Leiter Finanzkontrolle, an der Sitzung teilgenommen. Der Direktor des Innern, Andreas Hostettler, stand uns zeitweise für Auskünfte zur Verfügung. Wir gliedern unseren Bericht wie folgt:

	Seite
1. Übersicht	1
2. Themen, die die Gesamtverwaltung betreffen	5
3. Eintreten	7
4. Detailberatung	7
5. Öffentlich-rechtliche Anstalten	16
6. Finanzstatus	17
7. Jahresberichte 2018 der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommissionen ...	17
8. Anträge	18

1. Übersicht

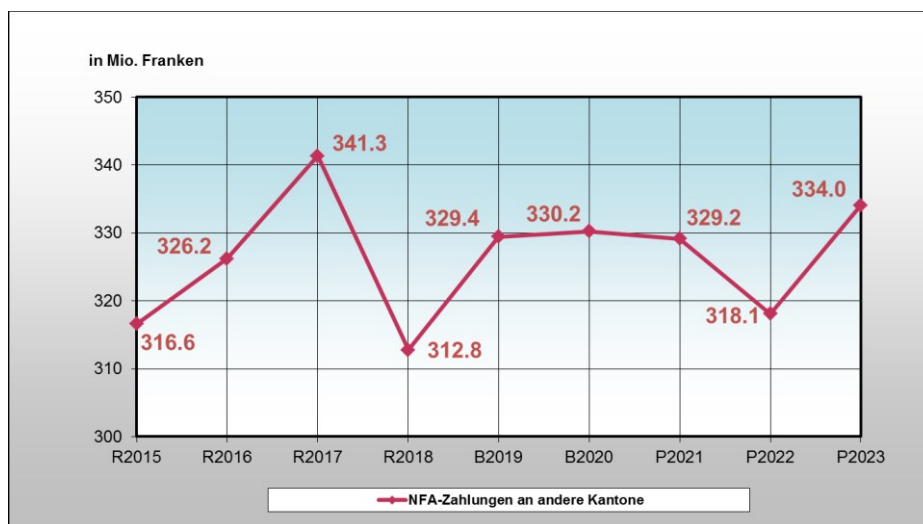
1.1. Überblick



Es ist bemerkenswert, wie sich die finanziellen Aussichten des Kantons Zug darstellen, nachdem in den Jahren 2013–2017 Defizite zwischen 20 und 139 Millionen Franken ausgewiesen werden mussten. Dafür sind nach den Informationen des Regierungsrats die gute Wirtschafts-

lage, das Bevölkerungs- und Unternehmenswachstum, die Erhöhung des Kantonsanteils an der direkten Bundessteuer sowie der Kompromiss beim Nationalen Finanzausgleich (NFA) die Hauptgründe. Auch die Entlastungsmassnahmen aus verschiedenen Sparprogrammen und der Wechsel zur linearen Abschreibungsmethode tragen zu den guten Prognosen bei.

Aufgrund des NFA-Kompromisses steigen die Beiträge des Kantons Zug im Planungszeitraum nicht markant an, wie folgende Grafik zeigt:



Die Stawiko weist darauf hin, dass die Zunahmen der Fiskalerträge und des Kantonsanteils an der direkten Bundessteuer nach vier bis sechs Jahren zu markanten Erhöhungen der NFA-Beiträge des Kantons Zug führen können.

Zum erwarteten Ergebnis der Jahresrechnung 2019 hat der Regierungsrat bereits im April dieses Jahres darauf hingewiesen, dass anstatt des budgetierten Aufwandüberschusses ein Ertragsüberschuss von rund 55 Millionen Franken zu erwarten sein wird. Der Finanzdirektor hat die Stawiko informiert, dass das Jahresergebnis tatsächlich noch deutlich besser ausfallen wird.

Es ist nachvollziehbar, dass Forderungen gestellt werden, die Steuern zu senken oder Sparmassnahmen rückgängig zu machen. Bei der Würdigung des Budgets und Finanzplans ist jedoch zu berücksichtigen, dass zurzeit international viele wirtschaftliche und steuerpolitische Unsicherheiten bestehen, die sich auch schnell wieder negativ auf den Staatshaushalt des Kantons Zug auswirken können. Wir verweisen dazu auf die Ausführungen auf Seite 10 im Budgetbuch zum wirtschaftlichen Umfeld und zu den neuen Steuerstandards der OECD.

1.2. Neue Steuerstandards der OECD

Gemäss Ausführungen der Finanzdirektion handelt es sich dabei um einen Auftrag der G-20 an die OECD, bis Anfang 2020 ein Konzept betreffend «Neue Steuerstandards» zu entwerfen. Konkret sollen grosse internationale Konzerne neue Steuerregeln erhalten, die es ihnen erschweren, Gewinne in steuerlich vorteilhafte Staaten zu verschieben. Im unmittelbaren Fokus stehen eigentlich Konzerne mit primär digitalen Produkten wie Google oder Amazon, die in vielen Staaten mangels Niederlassung überhaupt keine Steuern zahlen, obwohl sie mit dortiger Kundschaft erhebliche Gewinne erzielen. Indirekt betreffen aber die Pläne auch alle anderen international tätigen Konzerne, darunter mutmasslich auch viele mit Präsenz im Kanton Zug.

In diesem Zusammenhang geht es primär um zwei Stossrichtungen (Umbaupläne):

- Aufteilung des weltweiten Konzerngewinns auf die Staaten nach einem neuen, noch zu definierenden Verteilschlüssel (zum Beispiel nach Umsatz oder Anzahl Kunden/User in den einzelnen Staaten). Somit ist nicht mehr der Ort der Produktion allein entscheidend, sondern auch der Ort der Kundschaft.
- Festlegung eines internationalen Mindest-Gewinnsteuersatzes. Dadurch soll der Steuerwettbewerb entschärft und eine Harmonisierung unter den Staaten angestrebt werden.

Die genauen Modalitäten sind noch völlig unklar und sie werden Gegenstand intensiver Gespräche vor dem Hintergrund der sehr unterschiedlichen wirtschaftlichen und politischen Interessen der rund 130 in die Gespräche involvierten Staaten sein. Auch die Schweiz ist selbstverständlich in diese Gespräche miteingebunden. Der Schlussbericht der OECD soll bis Ende 2020 vorliegen.

1.3. Projekt Zug+

Die Stawiko wurde informiert, dass sich der Regierungsrat im Rahmen des Projekts Zug+ aktiv mit der Frage befasst, wie die Ertragsüberschüsse sinnvoll und nachhaltig verwendet werden können, damit sich daraus für den Kanton Zug Chancen für zukunftsorientierte Handlungsfelder ergeben. Dabei stehen folgende Themenbereiche im Fokus:

- Bildung
- Demografie und Familie/Beruf
- Klima und Ökologie

Der Regierungsrat will die Herausforderungen proaktiv angehen, eine maximale Wirkung pro eingesetzten Franken erzielen und auch die Folgekosten im Auge behalten. Es ist vorgesehen, einzelne Massnahmen bereits im Budget 2021 berücksichtigen zu können.

→ Die Stawiko fordert den Regierungsrat auf, die Fraktionen regelmässig über den Stand des Projekts Zug+ zu informieren und zusätzlich auch folgende Aspekte zu berücksichtigen:

- Ablösung der ZVB-Busse mit Dieselantrieb durch CO₂-neutrale Antriebe
- Besteuerung von Fahrzeugen mit Elektro- und Alternativantrieb

1.4. Weitergeltung der Finanzstrategie 2017–2025 des Kantons Zug

Die neuen Steuerstandards der OECD, die Wirtschaftsentwicklung, die finanziellen Auswirkungen des Nationalen Finanzausgleichs (NFA) und das vom Regierungsrat initialisierte Projekt Zug+ haben einen wesentlichen Einfluss auf den Zuger Finanzhaushalt und können dazu führen, dass die Finanzstrategie in den nächsten Jahren zu überarbeiten ist. Die Finanzdirektion wird im Oktober 2020, d. h. nach Verabschiedung des Budgets und Finanzplans 2021–2024, wieder eine Einschätzung zu einer allfälligen Überarbeitung und Anpassung der Finanzstrategie vornehmen.

1.5. Ausgleich der Erfolgsrechnung

Der neue § 2 Abs. 2 Bst. a des Finanzhaushaltgesetzes (BGS 611.1), wonach das kumulierte Ergebnis der Erfolgsrechnung über acht Jahre auszugleichen ist, kann im Budget 2020 eingehalten werden, wie folgende Tabelle zeigt:

Mehrjahresbetrachtung In Mio. Franken	Rechnung 2016	Rechnung 2017	Rechnung 2018	Budget 2019	Budget 2020	Plan 2021	Plan 2022	Plan 2023
Ergebnis Erfolgsrechnung	-92,1	-45,4	149,2	-29,5	148,7	123,2	161,5	165,9
Kumuliertes Ergebnis über acht Jahre					581,5			

Die Stawiko nimmt zu Kenntnis, dass der Regierungsrat die Haltung vertritt, dass sich der Ausgleich der kumulierten Ergebnisse der Erfolgsrechnung lediglich auf Aufwandüberschüsse bezieht. Der Regierungsrat weist auf Seite 12 des Budgetbuches darauf hin, dass es gemäss der parlamentarischen Beratung nicht dem Willen des Gesetzgebers entsprach, einen starren Mechanismus zum Abbau von Ertragsüberschüssen zu implementieren. Somit sei § 2 Abs. 2 Bst. a FHG teleologisch, d. h. sinngemäss, auszulegen. Der Gesetzgeber sprach sich für eine Verschärfung der einschlägigen Normen aus, um eine wirkungsvolle Schuldenbremse zu installieren, nicht aber um allfällige Ertragsüberschüsse abzubauen.

1.6. Investitionen und Finanzierungsprognose

Die Investitionen steigen im Planungszeitraum markant an und liegen zwischen 100 und 140 Millionen Franken. Die grössten Positionen sind dabei der ZVB-Hauptstützpunkt und das Verwaltungsgebäude 3, der Neubau des Staatsarchivs an der Hofstrasse sowie Beiträge an den Bahninfrastrukturfonds. Im Strassenbau sind es die Tangente Zug/Baar, die Umfahrung Cham/Hünenberg, Nidfuren-Schmittli und Kollermühle-Alpenblick.

Auf den Seiten 18–21 im Budgetbuch weist der Regierungsrat im Rahmen seiner Finanzierungsprognose auf die bis ins Jahr 2027 anstehenden Investitionsprojekte hin, wobei lediglich diejenigen Projekte namentlich erwähnt sind, die Ausgaben von über fünf Millionen Franken zur Folge haben. Es zeigt sich, dass die Investitionen weiter ansteigen. Der Regierungsrat weist darauf hin, dass die Liquidität des Kantons trotz der sehr hohen Investitionen nicht gefährdet ist. Aufgrund der guten Jahresergebnisse deuten die Cash-Flow-Berechnungen darauf hin, dass unter den getroffenen Annahmen im Jahr 2023 liquide Mittel in der Grössenordnung von 1,2 Milliarden Franken vorhanden sein werden und dass auch später die Investitionsausgaben ohne Aufnahme von Fremdmitteln finanziert werden können.

1.7. Cash-Management im Umfeld von Negativzinsen

Der Finanzdirektor hat die Stawiko darüber informiert, wie die Liquiditätsbewirtschaftung im aktuellen Umfeld von Negativzinsen funktioniert. Es handelt sich dabei um eine anspruchsvolle Aufgabe, die der Finanzdirektor und der Leiter der Finanzverwaltung aktiv wahrnehmen. Durch Verhandlungen mit verschiedenen Finanzinstituten stehen dem Kanton zum Beispiel zinsfreie Limiten zur Verfügung. Weiter erlaubt der Bund, dass die Kantone aufgelaufene Verrechnungssteuern für Steuerforderungen noch nicht zurückfordern müssen. Die damit verbundene Frist läuft im Jahr 2021 ab. Im Weiteren nimmt der Kanton gezielt Gelder zur Überbrückung von kurzfristigen Liquiditätsengpässen zu Minuszinsen auf, was sogar zu Zinserträgen führt. Bei Bedarf werden punktuelle Massnahmen getroffen, wie zum Beispiel die Zahlung von Kreditorenrechnungen, bevor die Frist abgelaufen ist. Aktuell beläuft sich die Belastung durch Negativzinsen auf knapp 7000 Franken.

2. Themen, die die Gesamtverwaltung betreffen

Für die Vorbereitung der Beratung von Budget und Finanzplan lagen den Stawiko-Delegationen detaillierte Budgetzahlen der Direktionen sowie der Gerichte vor. Im Vorfeld der Visitationen haben die Delegationen den Direktionen, der Staatskanzlei und den Gerichten Fragen gestellt, die schriftlich beantwortet worden sind. Die schriftlichen Auskünfte wurden anlässlich der Visitationen mit den Direktionsvorstehenden und zum Teil auch mit den Amtsleitenden besprochen. Wir bedanken uns für die erhaltenden Auskünfte und Informationen. Alle Stawiko-Delegationen haben für ihre Bereiche Berichte verfasst, die uns bei der Beratung vorlagen. Auch die Direktionsvorstehenden sind über den Inhalt der sie betreffenden Berichte informiert.

Bei der Beratung haben sich folgende Themen herauskristallisiert, die die gesamte Verwaltung betreffen:

2.1. Personalstellen

Auf Nachfrage hat die Finanzdirektion der Stawiko mitgeteilt, dass im Rahmen der Entlastungsprogramme der letzten Jahre insgesamt 84,6 Personalstellen abgebaut worden sind. Nachdem sich die finanziellen Rahmenbedingungen verbessert haben, hebt der Regierungsrat den seit 2015 geltenden Stellenstopp auf. Im Budget 2020 sind insgesamt 46,1 neue Stellen berücksichtigt. Damit werden etwas über 50 Prozent der abgebauten Stellen wieder aufgebaut. Im Rahmen des Budgetprozesses 2020 konnten die Amtsstellen erstmals nach dem Stellenstopp wieder neue Stellen beantragen. Für die Budgeteingabe waren ein vorgegebenes Formular auszufüllen und allfällige Zusatzinformationen beizulegen. Die Eingaben der Amtsstellen wurden zuerst direktionsintern bereinigt und dann von den Direktionsvorstehenden unterzeichnet und für die Beratung im Regierungsrat aufbereitet. Dieser hat jede einzelne der ursprünglich 56,5 neu beantragten Stellen an einem extra zu diesem Zweck abgehaltenen Workshop beraten. Voraussetzung war, dass das Amt alle möglichen Effizienzsteigerungen und allenfalls wegfällende Aufgaben berücksichtigt hatte. Dann wurden die Entscheidungen nach folgender Priorisierung gefällt:

- 1) Neue Aufgaben aufgrund von Bundesgesetzen oder von Kantonsratsbeschlüssen;
- 2) Stellen für Lehrpersonal, welche aufgrund einer höheren Anzahl von Schulklassen notwendig sind;
- 3) Quantitative oder qualitative Ausweitung bei der ordentlichen Aufgabenerfüllung bzw. im Leistungsauftrag;
- 4) Erfolgsneutrale Stellen, die durch Dritte finanziert sind.

Die Stawiko-Delegationen haben im Rahmen der Visitationen alle neuen Stellen angesprochen und bei Bedarf zusätzliche Informationen eingefordert. An der Sitzung bildeten die neuen Stellen einen Schwerpunkt. Der Stawiko stand dafür die Liste «Stellenanträge Budget 2020; Stand 10. September 2019» zur Verfügung, die wir diesem Bericht beilegen (siehe Beilage 2). einzelne Anträge dazu finden sich im Kapitel 4 Detailberatung.

Ebenfalls legen wir unserem Bericht wie üblich die Stellenübersicht der kantonalen Verwaltung bei, in welcher bei jedem Amt die besetzten, die budgetierten und die in den Planjahren geplanten Stellen ersichtlich sind (siehe Beilage 1).

Bezüglich der Umwandlung von bisher befristet angestellten Hilfskräfte in Feststellen hat die Stawiko auf Anfrage folgende Information durch die Finanzdirektion erhalten:

«Bei den Hilfskräften, Aushilfen und Fachpersonen /Aushilfen wird in Franken budgetiert. Bei den Umwandlungen kann dies nicht immer 1:1 kompensiert werden, sondern der bisherige Betrag ist manchmal ein finanzieller Teil an eine neue Stelle. Umgewandelt wurden im Budget 2020 Stellen im Wert von 398 000 Franken in folgenden Bereichen:

- 1552 KES Behördenmitglied (-40'000 Franken Hilfskräfte; bisheriger Anteil an neuer 100%-Stelle)
- 1580 ADA: Wissenschaftlicher Mitarbeiter Denkmalpflege (-113'000 Franken Hilfskräfte; bisheriger Anteil an neuer 100%-Stelle)
- 1730.1100 AMH/KSZ: Hauswart Dreifachsporthalle (-55'000 Franken Hilfskräfte; bisheriger Anteil an neuer 100%-Stelle)
- 2015 LBBZ: Mitarbeit Hauswirtschaft (-90'000 Franken Hilfskräfte; neu 130 Stellenprozente, tiefer Lohn)
- 2015 LBBZ: Sachbearbeitung (-25'000 Franken Hilfskräfte; neu 20 Stellenprozente)
- 2015 LBBZ: Leitung Direktvermarktung (-45'000 Franken Hilfskräfte; neu 60 Stellenprozente, tiefer Lohn)
- 4051 SPORT: Sachbearbeitung/Projektleitung (-30'000 Franken Fachperson; neu 30 Stellenprozente)

Die Stawiko befürwortet die im Budget vorgesehenen neuen Stellen grundsätzlich. Sehr oft werden sie damit begründet, dass damit Überzeit- und Arbeitszeitsaldi abgebaut werden können oder der Aufwand bei den Hilfskräften und/der Aushilfen entsprechend reduziert wird.

- Die Stawiko fordert die Direktionen auf, den Stawiko-Delegationen im Rahmen der Visitation zum Geschäftsbericht 2020 die entsprechenden Nachweise zu liefern.

2.2. Abbau von Überstunden

Per Ende 2018 waren im ganzen Kanton rund 990 000 Franken an Überstunden angefallen. Wir gehen davon aus, dass dieser Saldo im Jahr 2019 noch weiter ansteigen wird. Durch die neuen Stellen muss sich diese Situation verbessern. Es dürfte aber auch Bereiche geben, in denen ein Abbau innert nützlicher Frist trotzdem nicht möglich ist. Es ist der Stawiko ein wichtiges Anliegen, dass die aufgelaufenen Überstunden wieder abgebaut werden.

Dazu finden sich in § 34 des Personalgesetzes vom 1. September 1994 (BGS 154.21) folgende Bestimmungen:

¹ *Wenn es die Umstände erfordern, sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Leistung von Überstundenarbeit verpflichtet, soweit ihnen dies nach Treu und Glauben zugemutet werden kann.*

² *Anspruch auf zeitliche Kompensation bzw., soweit eine solche nicht möglich ist, auf stundenweise Vergütung besteht nur, wenn die Überstundenarbeit zum Voraus angeordnet oder nachträglich genehmigt wird.*

³ *Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die höher als in der 19. Gehaltsklasse eingereiht sind, haben, soweit die Überstundenarbeit nicht durch Freizeit kompensiert werden kann, keinen Anspruch auf Vergütung.*

- Die Stawiko fordert den Regierungsrat auf zu prüfen, ob und wie aufgelaufene Überstunden einmalig ausbezahlt werden können und die erweiterte Stawiko spätestens an der nächsten Sitzung vom 3. Juni 2020 darüber zu informieren.

2.3. Regelung von Stellvertretungen

Einzelne Stawiko-Delegationen machten darauf aufmerksam, dass nicht in allen Bereichen klare Stellvertretungs-Regelungen implementiert sind. Im Rahmen der Internen Kontrollsysteme ist dies jedoch ein zentrales Anliegen.

- Die Stawiko fordert den Regierungsrat auf, dafür zu sorgen, dass in allen Direktionen und Ämtern die Stellvertretungen geregelt werden.

2.4. Überarbeitung der Leistungsaufträge der Ämter

Die Stawiko stellt fest, dass die Leistungsaufträge im Budget und Geschäftsbericht immer gleich aufgebaut sind. Das ist methodisch sicher richtig und erlaubt auch einen Vergleich in der zeitlichen Abfolge. Gleichwohl fragen wir uns, ob wirklich alle tabellarisch aufbereiteten Daten die geforderte Relevanz haben. Nicht wenige davon sind eingespielte Verwaltungstätigkeiten von untergeordneter Bedeutung oder solche mit seit dem Jahr 2012 identischem Inhalt.

→ Die Stawiko fordert den Regierungsrat auf, dafür zu sorgen, dass im Hinblick auf das Budget 2021 die Leistungsaufträge in allen Direktionen und der Staatskanzlei kritisch überprüft und bei Bedarf nach folgenden Grundsätzen überarbeitet werden:

- Sinnvolle Indikatoren und Zielgrössen (z. B. handelt es sich bei «mindestens 70 Medienkontakte» eher um eine Plan- denn um eine Zielgrösse) ;
- Interne Leistungen sind nicht zu erwähnen;
- Neben den quantitativen sind vermehrt auch qualitative (z. B. ökologische) Aspekte zu berücksichtigen.

2.5. Pendenzenliste zu Aufforderungen an Regierungsrat und Direktionen

Die Stawiko formuliert während ihrer Beratungen regelmässig Aufforderungen an einzelne Direktionen, die ihm Rahmen der Visitationen zum Budget und zum Geschäftsbericht besprochen werden. Zu den Aufforderungen von der letzten Stawiko-Sitzung vom 5. Juni 2019 an den Gesamtregierungsrat haben wir ein Schreiben vom 22. Oktober 2019 erhalten, das wir verdanken und zur Kenntnis nehmen. Die noch offenen Punkte werden durch das Stawiko-Sekretariat auf einer Pendenzenliste festgehalten, damit sie nicht in Vergessenheit geraten. Bei Bedarf wird die Stawiko wieder nachhaken.

3. Eintreten

Da der Kantonsrat gemäss § 41 Abs. 1 Bst. h der Kantonsverfassung (BGS 111.1) das Budget zu beschliessen hat, war in der Stawiko das Eintreten auf die Vorlage unbestritten.

4. Detailberatung

Gemäss § 18 der Geschäftsordnung des Kantonsrats (GO KR) vom 28. August 2014 (BGS 141.1) übt die Stawiko die Oberaufsicht über den Regierungsrat, die Verwaltung und die kantonalen Anstalten aus. Bezüglich der Gerichte, der Ombuds- und der Datenschutzstelle übt sie die Oberaufsicht in den finanziellen Belangen aus. Die Stawiko hat sich einen vertieften Einblick bezüglich Gesetzmässigkeit, Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit, Wirksamkeit und Plausibilität zu verschaffen. Die Einflussmöglichkeiten des Kantonsrats und die dadurch ausgelösten Abläufe sind in einer Matrix dargestellt, die diesem Bericht beiliegt (siehe Beilage 4).

4.1. Bemerkungen und Anträge zu einzelnen Ämtern

Im Folgenden werden jene Bereiche erwähnt, zu denen in der Detailberatung Anträge gestellt oder die vertieft beraten worden sind:

1129 Datenschutzstelle (DATS)

Die Datenschutzstelle ist unabhängig vom Regierungsrat und beantragt eine 50-Prozent-Stelle für eine IT-Fachperson. Dies ist notwendig, damit die gesetzlichen Aufgaben korrekt erfüllt werden können. Die Stawiko wurde informiert, dass diese Stelle unabhängig von den vom kantonalen Amt für Informatik und Organisation erbrachten IT-Dienstleistungen ist. Durch die Besetzung können externe Aufwendungen reduziert werden; es erfolgt somit eine Teilkompensation. Die Stawiko geht davon aus, dass mit dieser Stellenerhöhung die mehrjährige Forderung der Datenschutzstelle nach mehr Stellenprozenten genügend erfüllt ist.

1500 Direktionssekretariat des Innern (DIS)

2000 Direktionssekretariat der Volkswirtschaftsdirektion (VDS)

Die Stawiko hat schon mehrfach gefordert, dass ehemalige Mitarbeitende nicht mehr beschäftigt werden sollten. Dies ist aber im DIS und im VDS wieder der Fall. Auch wenn wir dafür ein gewisses Verständnis aufbringen und die Begründungen nachvollziehbar sind, erinnern wir an die Stellungnahme des Regierungsrats aus dem Jahre 2016, in welcher der Stawiko versichert worden ist, dass solche Weiterbeschäftigungen nur mit Zurückhaltung bewilligt werden.

1550 Sozialamt (KSA)

Im Kommentar zum Globalbudget ist auf Seite 82 des Budgetbuchs erwähnt, dass 400 000 Franken weniger Aufwand anfällt, weil eine Leistungsvereinbarung reduziert und eine Subventionsvereinbarung gestrichen worden sind. Auf Nachfrage der Stawiko hat der Direktor des Innern wie folgt informiert:

- a) In der Leistungsvereinbarung mit dem Verein punkto - Eltern, Kinder & Jugendliche ist der Bereich der Jugendförderung mit 180 000 Franken nicht mehr enthalten. Jugendförderung ist eine gemeindliche Aufgabe. Der gesetzliche Auftrag des Kantons ist dadurch nicht betroffen.

Es wurde der Antrag gestellt, das Globalbudget des Sozialamts um 180 000 Franken zu erhöhen mit der Auflage, den Bereich der Jugendförderung wieder in die Leistungsvereinbarung mit dem Verein punkto - Eltern, Kinder & Jugendliche aufzunehmen. Es sei wichtig, gerade in diesem Bereich die öffentlichen Angebote nicht zu beschränken. Ausserdem erlauben die finanziellen Aussichten diese Ausgabe.

Dem wurde entgegengehalten, dass es nicht angehe, bei der Budgetberatung einzelne Massnahmen des Projekts Finanzen 2019 (F19) wieder rückgängig zu machen. F19 sei ein durchdachtes Paket und von der Legislative grundsätzlich unterstützt worden. Dabei seien alle Leistungsvereinbarungen auf ihre Notwendigkeit überprüft worden. Ausserdem seien andere F19-Massnahmen bereits umgesetzt, weshalb es nicht fair sei, einzelne Bereiche anders zu behandeln.

Der Antrag wurde mit 11 Nein- zu 4 Ja-Stimmen ohne Enthaltung abgelehnt.

- b) Die Subventionsvereinbarung mit der Frauenzentrale für Budgetberatungen im Umfang von 219 000 Franken ist nicht verlängert worden. Dies betrifft die Massnahme Nr. 1550.10 des Projekts Finanzen 2019 gemäss der Massnahmenliste (Stand 17. September 2019).

Im Nachgang zur Sitzung informierte der Direktor des Innern, dass die Budget- und Schuldenberatung durch den Verein Triangel der reformierten Kirche weiterhin angeboten wird.

Für die Leistungsvereinbarung mit Triangel sind im Budget 2020 und in den Planjahren 2021 und 2022 je 146 000 Franken eingestellt.

Es wurde der Antrag gestellt, das Globalbudget des Sozialamts um 219 000 Franken zu erhöhen mit der Auflage, eine Subventionsvereinbarung mit der Frauenzentrale für Budgetberatungen abzuschliessen.

Mit den gleichen Argumenten wie oben wurde der Antrag mit 11 Nein- zu 4 Ja-Stimmen ohne Enthaltung abgelehnt.

1552 Amt für Kindes und Erwachsenenschutz (KES)

a) Kontrolle der Vermögensverwaltungen bei Beistandschaften

Die Stawiko-Delegation stellt fest, dass aufgrund der vielen Beistandschaften mit Vermögensverwaltung eine Bank-Fachperson für die Kontrolle unabdingbar ist. Die Beistandspersonen verwalten zeitweise mehrere hundert Millionen Franken für ihre Mündel. Bei der Übernahme der Mandate im Jahr 2013 wurden etliche Fehler bei den privaten Mandatspersonen festgestellt, was zu Schadenersatzforderungen beim Rückversicherer des Kantons Zug von rund 400 000 Franken führte. Der Kanton Zug verfügt über einen hohen Anteil von privaten Mandatspersonen, was wichtig ist und beibehalten werden soll. Doch müssen diese Personen für ihre Aufgabe geschult und unterstützt werden.

Die Stawiko-Delegation stellt den Antrag, das Globalbudget des KES um 30 000 Franken zu erhöhen, um damit die Besetzung der notwendigen 20-Prozent-Stelle zu ermöglichen.

Dem wurde entgegengehalten, dass es wohl nicht möglich sei, eine qualifizierte Fachperson lediglich zu 20 Prozent anzustellen. Es sei zu prüfen, ob diese Leistung nicht besser extern in einem Mandatsverhältnis vergeben werden könne.

Der Finanzdirektor bot an, zu prüfen, ob die Kontrolle von Beistandschaften mit Vermögensverwaltung allenfalls durch die kantonale Finanzverwaltung übernommen werden könnte.

Im Nachgang zur Sitzung wurden wir wie folgt informiert:

Die Besprechung zwischen dem Direktor des Innern und dem Finanzdirektor hat ergeben, dass die von der Stawiko-Delegation beantragte Stellenerhöhung zurzeit nicht notwendig ist, da für die Kontrolle der Vermögensverwaltungen eine fachlich gut qualifizierte Person mit einem befristeten Vertrag (als sog. Hilfskraft) angestellt ist. Damit kann das Ziel gemäss Leistungsauftrag auf Seite 84 des Budgetbuches, nämlich die Prüfung der Einhaltung der festgelegten Vermögensanlagestrategien nach VBVV (SR 211.223.11), erreicht werden. Damit wird auch die diesbezügliche Empfehlung der Finanzkontrolle in ihrem Bericht Nr. 95-2018 vom 17. Dezember 2018 umgesetzt. Eine interne Verschiebung dieser Aufgabe zur kantonalen Finanzverwaltung ist unter anderem aus Datenschutzgründen nicht möglich. Im Rahmen des Budgetprozesses 2021 wird die Direktion des Innern die Umwandlung der befristeten in eine Feststelle prüfen.

Um Missverständnisse zu vermeiden weist der Direktor des Innern darauf hin, dass die von der Stawiko-Delegation genannte Schulung und Unterstützung der Beistände nicht in den Aufgabenbereich der Fachperson fällt, die die Kontrolle ausübt.

b) Aufsicht im Pflegekinder- und Adoptionsbereich

Die KES ist einerseits zuständig für die Aufsicht der Pflegeeltern. Gleichzeitig teilt sie aber auch Pflegekinder zu. Dies kann zu Interessenkonflikten führen. Ein ähnlicher Interessenkonflikt besteht auch im Adoptionsbereich. Dort bewilligt die KES einerseits den Adoptiveltern die Eignung für ein Kind, andererseits übt sie danach die Aufsicht bei der errichteten Beistandschaft aus.

- ➔ Die Stawiko fordert den Regierungsrat auf, die Zuteilung der Aufsicht im Pflegekinder- und Adoptionsbereich mittelfristig zu überdenken und allenfalls vom KES auszulagern.

1580 Amt für Denkmalpflege und Archäologie (ADA)

Für die Stawiko ist es unklar, wer aufgrund der gesetzlichen Grundlagen schliesslich den Entscheid zu fällen hat, ob eine Rettungsgrabung vorgenommen wird oder nicht. Jede Grabung hat Folgekosten, die bei der Nachbearbeitung anfallen.

- Die Stawiko fordert die Direktion des Innern auf, aufgrund der geltenden gesetzlichen Grundlagen die Entscheidungsbefugnis bei der Anordnung von Rettungsgrabungen zu präzisieren. Zudem soll anhand einer Prioritätenordnung aufgezeigt werden, ob und nach welchen Kriterien die Entscheide gefällt werden.

1700 Direktionssekretariat der Direktion für Bildung und Kultur (DBKS)

Die Stawiko stellt mit ungläubigem Erstaunen fest, dass das DBKS der Meinung ist, ihm sei eine Aufstockung des Personaletats um zehn Prozent, befristet für zwei Jahre, gewährt worden, um den Landammann bei seiner Arbeit zu unterstützen. Der Kantonsrat hat dies an der Budgetdebatte 2019 abgelehnt und das Globalbudget des DBKS aus diesem Grund um 15 000 Franken reduziert. Die Stawiko-Delegation wurde jetzt wie folgt informiert:

«Aufgrund der grundsätzlichen Pensenreduktion von 5 Prozent im Rahmen von Finanzen 2019 werden lediglich 5 Prozent kostenwirksam. Die netto 5 zusätzlichen Stellenprozente – so die Erfahrung bis heute – fliessen indes nur teilweise in die direkte Unterstützung des Landamanns, sondern müssen genutzt werden, um Pendenzen beim Rechtsdienst abzubauen. Mit Blick auf 2021 werden diese 5 Stellenprozente daher definitiv beantragt werden.»

Die Stawiko rügt mit Vehemenz, dass hier ein Kantonsratsbeschluss nicht umgesetzt wurde.

- Die Stawiko beantragt mit 13- Ja zu 0 Nein-Stimme bei 2 Enthaltungen, das Globalbudget des Direktionssekretariats der Direktion für Bildung und Kultur um 15 000 Franken zu reduzieren, mit der Erwartung, gleichzeitig den Stellenetat um zehn Prozent zu reduzieren.

1777 Amt für Berufsberatung (BIZ)

Die Stawiko-Delegation wurde informiert, dass das BIZ in Zukunft an einem Pilotprojekt des Bundes teilnehmen werde, welches personelle Ressourcen benötigen wird.

Auf Nachfrage wurden wir informiert, dass es sich um ein Pilotprojekt des Bundes handle, und zwar um eine Massnahme zur Förderung des inländischen Arbeitskräftepotenzials: Kostenlose Standortbestimmung, Potenzialanalyse und Laufbahnberatung für Erwachsene über 40 Jahren. Der Bundesrat will, dass ab Sommer 2021 in allen Kantonen diese Standortbestimmungen für Personen über 40 Jahre kostenlos angeboten werden. Als Pilotkanton könne Zug das Verfahren mitgestalten und die Erfahrungen aufgrund eines Entwicklungsvorsprungs aus dem Projekt «Alter hat Potenzial» einfliessen lassen.

Zu den benötigten Personalressourcen haben wir folgende Rückmeldung erhalten:

«Der Bund vergütet die Aufwendungen im Verhältnis 20:80, d. h. 20% sind Eigenleistung, 80% werden vom Bund getragen. Für eine Beratungsstunde mit Vollkosten von 200 Franken erhalten wir 160 Franken zurückerstattet. D. h. zusätzlich benötigte Ressourcen werden den Kanton nichts kosten.»

Diese Argumentation überzeugte die Stawiko nicht. Uns wurde vom Regierungsrat im Jahr 2016 zugesichert, dass man sich bei den Projekten auf das absolut notwendige Tagesgeschäft konzentriere. Anscheinend hat das BIZ noch freie Ressourcen, die intern umgeschichtet werden können. Damit kann nach unserer Ansicht auf die beantragte Aufstockung bei der Stipendienstelle verzichtet werden.

- Die Stawiko beantragt mit 12- Ja zu 2 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung, das Globalbudget des Amtes für Berufsberatung um 30 000 Franken zu reduzieren, mit der Erwartung, die beantragte 20 Prozent-Stelle für die Sachbearbeitung in der Stipendienstelle intern zu besetzen.

3020 Tiefbauamt (TBA)

Es wurde der Antrag gestellt, die Massnahme aus Finanzen 2019 Nr. 3020.07 betreffend Reduktion der Strassenreinigung, Grünpflege und Reparaturen im Umfang von 355 000 Franken wieder im Budget aufzunehmen und das Globalbudget des Tiefbauamts entsprechend zu erhöhen. Es sei am falschen Ort gespart, die Strassen ungenügend zu reinigen und zu pflegen. Dem wurde entgegengehalten, dass diese Massnahme bereits mit dem Budget 2019 umgesetzt worden ist. Es wurden jedoch keine Auswirkungen augenfällig. Auch im interkantonalen Vergleich seien die Zuger Strassen sauber und gut gepflegt. Der Antrag wurde mit 12- Nein zu 3 Nein-Stimmen ohne Enthaltung abgelehnt.

- ➔ Die Stawiko fordert die Baudirektion (in Zusammenarbeit mit der Finanzdirektion) auf, die Stawiko-Delegation bei der nächsten Visitation über das Entwicklungsszenario der Strassenbau Spezialfinanzierung zu informieren. Es ist der Stawiko wichtig, hier eine strukturelle Verschuldung zu vermeiden.

3050 Amt für Umwelt (AFU)

- ➔ Die Stawiko fordert den Regierungsrat auf, die Revision des Energiegesetzes voranzutreiben gemäss bisherigem Zeitplan. Sollte dies nicht möglich sein, sind die Verzögerungen zu kommunizieren.
- ➔ Die Stawiko fordert die Baudirektion auf, die Stawiko-Delegation bei der nächsten Visitation über den Stand der Arbeiten bei den Altlastenuntersuchungen sowie zu den drohenden Konsequenzen des Bundes zu informieren.
- ➔ Die Stawiko fordert die Baudirektion auf, bei der Dienstleistung der NIS-Messungen zu prüfen, ob und wie die beauftragenden Gemeinden einen Beitrag an die Finanzierung der befristeten Stellenerhöhung leisten können. Dazu ist die Stawiko-Delegation bei der nächsten Visitation zu informieren.
- ➔ Die Stawiko fordert die Baudirektion auf, die Stawiko-Delegation bei der nächsten Visitation über das weitere Vorgehen zur Ablösung von ehehaften Rechten durch Wasserkraftkonzessionen zu informieren.

3590 Zuger Polizei (ZUPO)

a) Personalstellen

Für die ZUPO sind im Budget insgesamt 7,5 neue Personalstellen berücksichtigt.

Es wurde der Antrag gestellt, zusätzlich 2,5 ursprünglich von der ZUPO beantragte Personalstellen zu genehmigen. Der Antrag wurde damit begründet, dass die ZUPO immer noch in bestimmten Bereichen unterbesetzt sei. Die zusätzlichen Stellen würden helfen, die Sicherheit im Kanton Zug weiterhin auf einem guten Niveau sicherzustellen.

Dem wurde entgegengehalten, dass der ZUPO im Budget 2020 bereits viele neue Stellen gewährt werden. Nach Einschätzung des Regierungsrats seien diese ausreichend, um den gesetzlichen Auftrag korrekt zu erfüllen. Ausserdem habe in der ZUPO eine Organisationsüberprüfung stattgefunden. Aufgrund der entsprechenden Ergebnisse könne die ZUPO weitere benötigte Stellen beantragen.

Die Anträge wurden wie folgt abgelehnt:

Bereich	Prozent	Nein	Ja	Enthaltung
Sachbearbeitung Spezialermittlungen	100	8	7	0
Sachbearbeitung Analyse ESC (Kriminalwissenschaftler)	100	11	3	1
Sachbearbeitung Koordination Prävention und Social Media	50	11	2	2

Es wurde der Antrag gestellt, der ZUPO eine zusätzliche Stelle im Bereich der Pädokriminalität zu ermöglichen und dafür das Globalbudget um 150 000 Franken zu erhöhen. Dieser Bereich sei mit den 7,5 neuen Stellen nicht genügend abgedeckt. Es gelte, die Minderjährigen wenn immer möglich vor sexuellen Übergriffen zu schützen.

Dem wurde entgegengehalten, dass die ZUPO auch diesen Bereich mit den vorhandenen und neuen Ressourcen abdecken könne. Es ist in der Kompetenz des Regierungsrats, neue Stellen zu genehmigen und die Umsetzung der gesetzlichen Vorschriften sicherzustellen.

- Die Stawiko beantragt mit 9- Ja zu 6 Nein-Stimmen ohne Enthaltung, das Globalbudget der Zuger Polizei um 150 000 Franken zu erhöhen, mit der Erwartung, eine 100 Prozent-Stelle im Bereich der Pädokriminalität zu besetzen.

b) Bussen

Für Bussenerträge sind im Budget 2020 insgesamt 6,0 Millionen Franken eingestellt. Es wurde der Antrag gestellt, diese auf das Vorjahresniveau von 5,8 Millionen Franken zu senken. Es gehe nicht an, dass die öffentliche Hand zulasten der Autofahrenden zusätzliche Bussenerträge generiere.

Dem wurde entgegengehalten, dass es sich beim Budgetbetrag um eine Anpassung an die Durchschnittswerte der vergangenen Jahre handle. Die Autofahrenden könnten ihre Belastung selber beeinflussen, wenn sie die geltenden Verkehrsregeln beachten.

- Die Stawiko beantragt mit 6- Ja zu 6 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen, mit Stichentscheid des Präsidenten, das Globalbudget der Zuger Polizei um 200 000 Franken zu kürzen und die budgetierten Bussenerträge entsprechend zu senken.

4000 Direktionssekretariat der Gesundheitsdirektion (GDS)

Durch die vom Regierungsrat bereits angekündigte Erhöhung der Einkommensobergrenzen bei der individuellen Prämienverbilligung steigt der Aufwand im GDS um 5 Millionen Franken an. Damit erhalten 3000 Personen höhere Beiträge und voraussichtlich 3000 weitere Personen erhalten neu einen Anspruch auf Prämienverbilligung.

- Die Stawiko befürwortet diesen zusätzlichen Aufwand einstimmig.

4051 Amt für Sport

Im Juni 2019 forderte die Stawiko die Gesundheitsdirektion auf, den Prozess der Kursbesuche von J+S Kursen zweckmässiger zu organisieren, so dass der administrative Aufwand eingedämmt wird. Die GD teilte mit, dass nicht der administrative Aufwand resp. die Koordination das Problem war, sondern die Verfügbarkeit der Mitarbeitenden des Amtes zu Zeiten, in denen die J+S-Trainings stattfinden. Konsequenz: Nicht nur Kursbesuche durch Mitarbeitende des Amtes, sondern Erweiterung des Expertenteams durch qualifizierte Sportlehrpersonen, welche auch J+S-Experten/innen sind. Die Kursbesuche werden vom Bund finanziert. Es entstehen keine zusätzlichen Kosten für den Kanton und die Erfüllung der Mindestanforderung des Bundes ist damit gewährleistet.

Auf Nachfrage der Stawiko wurde weiter ausgeführt, dass so viele Kursbesuche wie möglich durch externe Experten abgedeckt werden.

5011 Allgemeiner Personalaufwand

Da sich die finanzielle Situation des Kantons wieder stabilisiert hat, will der Regierungsrat den Mitarbeitenden als Anerkennung ihrer ausserordentlichen Leistungen im Rahmen der Entlastungs- und Sparprogramme der letzten Jahre eine Einmalzulage gewährt werden. Auf Nachfrage hat der Finanzdirektor ausgeführt, dass die dafür vorgesehene Summe zwar der im Rahmen der Sparprogramme ausgesetzten Beförderung entspricht, dass es aber nicht darum gehe, diese Beförderungen nachzuholen. Die Mitarbeitenden sollen eine einmalige Anerkennung erhal-

ten, und zwar im Verhältnis zu ihrem Beschäftigungsgrad: pauschal 1600 Franken bei einem Beschäftigungsgrad von 100 Prozent, wobei die mit der Einmalzulage zusammenhängenden Sozialleistungen zu Lasten des Kantons gehen.

→ Die Stawiko befürwortet diesen zusätzlichen Aufwand einstimmig.

5022 Allgemeiner Finanzbereich

Es wurde der Antrag gestellt, im Konto 411 den Gewinnanteil der Schweizerischen Nationalbank (SNB) zu verdoppeln und mit 19,6 Millionen Franken zu budgetieren. Der Antrag wurde damit begründet, dass die SNB im September einen hohen Gewinn in Aussicht stellte und dass der Kanton Zug auch im 2020 mit einer doppelten Ausschüttung rechnen könne.

Dem wurde entgegengehalten, dass die Unsicherheiten gross sind, da sich die finanzielle Situation der SNB schnell ändern könne. Es entspreche einer vorsichtigen Budgetierung, am einfachen Betrag von 9,8 Millionen Franken festzuhalten.

Der Antrag wurde mit 10- Nein zu 5 Ja-Stimmen ohne Enthaltung abgelehnt.

5050 Amt für Informatik und Organisation (AIO)

a) Impulsprogramm «Digital Zug»

Das AIO erhält insgesamt 8,3 neue Stellen, die zum Teil für die Neuausrichtung der Informationstechnologie (IT) notwendig sind. Darin enthalten sind auch zwei Personalstellen für den Aufbau eines Kompetenzzentrums im Rahmen des Impulsprogramms «Digital Zug». Diese Stellen sind bis im Jahr 2023 befristet, da der Aufbau des Kompetenzzentrums bis dann abgeschlossen sein wird. Diese Ansicht teilt auch der Finanzdirektor, obwohl das in der Aufstellung «Stellenanträge Budget 2020» in der Beilage 2 nicht erwähnt ist.

b) Neuausrichtung IT-Zug

Bezüglich der Neuausrichtung IT-Zug hat der Regierungsrat in Aussicht gestellt, bis im Jahr 2022 in der Erfolgsrechnung Einsparungen der Informatikausgaben des Kantons und der Zuger Einwohnergemeinden im Umfang von rund 15–20 Prozent gegenüber dem Budget 2018 zu erzielen. Die Stawiko hat sich erkundigt, ob immer noch gewährleistet sei, dass diese Erfolgskontrolle im Jahr 2022 möglich sein wird. Die Finanzdirektion hat dazu schriftlich Stellung genommen und unter anderem erklärt, dass der ursprüngliche Zielwert von 15 Prozent nicht ganz erreicht werden kann. Zur Entwicklung der Informatikkosten wird ein Bericht erarbeitet, der der Stawiko im Rahmen des Jahresabschlusses 2019 vorgelegt wird.

5065 Kantonssteuern / 5068 Bundessteuern:

Im Vorfeld der Budgetberatung hat sich der Stawiko-Präsident erkundigt, wie sich die Erträge in den Finanzplanjahren 2021–2023 entwickeln würden, wenn Steigerungsraten bei den Kantonssteuern und dem kantonalen Anteil an den Bundessteuern zwei, ein oder null Prozent betragen würden, unter der Annahme, dass sonst alle anderen Annahmen gleich blieben.

Die Berechnungen der Steuerverwaltung sind folgender Aufstellung zu entnehmen.

Lesebeispiel:

Im Planjahr 2021 sind für Kantonssteuern 784 680 000 Franken geplant. Bei einer Wachstumsrate von 2 Prozent, würden die Erträge um 11 372 174 Franken tiefer ausfallen und noch 773 307 826 Franken betragen. Bei einer Wachstumsrate von 1 Prozent würde der Ertrag um 18,9 Millionen Franken tiefer ausfallen und noch 765,7 Millionen Franken betragen.

	<u>2021</u>	<u>2022</u>	<u>2023</u>
Kantonsssteuern 5065			
bisher budgetiert mit 3 bis 4%	784'680'000	814'600'000	838'750'000
neu mit 2%	773'307'826	802'794'203	826'594'203
Differenz zu bisher	-11'372'174	-11'805'797	-12'155'797
neu mit 1%	765'726'377	794'923'671	818'490'338
Differenz zu bisher	-18'953'623	-19'676'329	-20'259'662
neu mit 0%	758'144'928	787'053'140	810'386'473
Differenz zu bisher	-26'535'072	-27'546'860	-28'363'527
Bundessteuern 5068			
bisher budgetiert mit 3 bis 4%	364'279'000	376'038'000	387'897'000
neu mit 2%	358'999'594	370'588'174	382'275'304
Differenz zu bisher	-5'279'406	-5'449'826	-5'621'696
neu mit 1%	355'479'990	366'954'957	378'527'507
Differenz zu bisher	-8'799'010	-9'083'043	-9'369'493
neu mit 0%	351'960'386	363'321'739	374'779'710
Differenz zu bisher	-12'318'614	-12'716'261	-13'117'290
Total 5065 und 5068			
bisher budgetiert mit 3 bis 4%	1'148'959'000	1'190'638'000	1'226'647'000
neu mit 2%	1'132'307'420	1'173'382'377	1'208'869'507
Differenz zu bisher	-16'651'580	-17'255'623	-17'777'493
neu mit 1%	1'121'206'367	1'161'878'628	1'197'017'845
Differenz zu bisher	-27'752'633	-28'759'372	-29'629'155
neu mit 0%	1'110'105'314	1'150'374'879	1'185'166'184
Differenz zu bisher	-38'853'686	-40'263'121	-41'480'816

60 Richterliche Behörden

Die Richterlichen Behörden weisen insgesamt gegenüber dem Vorjahresbudget einen um rund 370 000 Franken höheren Aufwandüberschuss aus. Die Mehraufwände bzw. Mindererträge fallen in erster Linie bei der Rechtspflege der Staatsanwaltschaft (Kostenstelle 6142) und des Verwaltungsgerichts (Kostenstelle 6182) an und sind dort auch kommentiert.

Das Obergericht hat gegenüber der Stawiko-Delegation darauf hingewiesen, dass in der Staatsanwaltschaft im Bereich der Jugendstrafverfahren der Personalbestand um eine Stelle erhöht werden soll. Der damit verbundene Mehraufwand in der Kontengruppe 301 beträgt 150 000 Franken, was dem Standardsatz des Kantons entspricht. Die Stawiko ist der Ansicht, dass der Obergerichtspräsident diese Erhöhung des Budgets in der Kostenstelle «6141 Staatsanwaltschaft; Verwaltung» direkt an der Kantonsratssitzung beantragen und begründen soll.

4.2. Anträge zum Steuerfuss

Das Steuergesetz vom 25. Mai 2000 (BGS 632.1) legt in § 2 zum Steuerfuss Folgendes fest:

¹ *Die Einkommens-, Vermögens-, Gewinn- und Kapitalsteuern, die aufgrund der in diesem Gesetz festgelegten Steuersätze berechnet werden, gelten als einfache Steuer und basieren auf einem Steuerfuss von 100 Prozent.*

² *Der gesetzliche Steuerfuss für die Kantonssteuer beträgt 82 Prozent der einfachen Steuer. Der Kantonsrat kann den gesetzlichen Steuerfuss jeweils für ein Budgetjahr erhöhen oder herabsetzen. Ein solcher Beschluss bedarf der einmaligen Beratung. Er unterliegt dem fakultativen Referendum. Bei Ablehnung eines solchen Beschlusses durch das Volk gilt für das betreffende Budgetjahr der Steuerfuss des Vorjahres.*

³ ...

⁴ *Anwendbar sind bei den natürlichen Personen die am Ende des Kalenderjahres bzw. bei den juristischen Personen am Ende des Geschäftsjahres geltenden Steuerfüsse.*

Eine Veränderung des Steuerfusses um ein Prozent hätte eine Änderung des Fiskalertrags für natürliche und juristische Personen von insgesamt 8,0 Millionen Franken zur Folge. Diese Änderung des Ertrags würde im Kurzprotokoll und im Protokoll des Kantonsrats erwähnt werden. Alle anderen Positionen des Budgets wären dadurch nicht betroffen.

Zur Höhe des Steuerfusses im Budgetjahr 2020 wurden drei Anträge gestellt:

- a) Der Antrag auf Senkung auf 80 Prozent wurde damit begründet, dass die finanziellen Aussichten hervorragend sind und die Steuerzahlenden, die dafür den massgeblichen Anteil leisten, entlastet werden sollen. Es werde von den Steuerzahlenden erwartet, dass der Kanton in diesem Bereich handle.
- b) Mit der gleiche Argumentation wurde eine Senkung auf 78 Prozent beantragt. Es würde die Glaubwürdigkeit des Kantonsrats erhöhen, wenn der Steuerfuss für ein Jahr gesenkt werde.
- c) Demgegenüber wurde ein Antrag auf Erhöhung auf 84 Prozent gestellt, weil die Mittel für die grossen zukünftigen Herausforderungen bezüglich Klima, Ökologie und soziale Sicherheit zur Verfügung stehen müssen.

Bezüglich dem geltenden gesetzlichen Steuerfuss von 82 Prozent wurde betont, dass dieser nicht vorschnell verändert werden soll. Noch vor einem Jahr musste man davon ausgehen, dass der Steuerfuss im Rahmen der Entlastungsprogramme erhöht werden müsste, worauf dann jedoch verzichtet werden konnte. Jetzt seien die wirtschaftlichen Unsicherheiten und steuerpolitischen Entwicklungen (Neuer Steuerstandard der OECD) kritisch zu beobachten und deren Konsequenzen für den Kanton Zug abzuwarten. Die Zeit dränge nicht, denn unsere Steuerbelastung sei nach wie vor national und international attraktiv.

Es wurde auch noch einmal auf das Projekt Zug+ hingewiesen, in welchem der Regierungsrat auch in den Bereichen Ökologie, Klima, Bildung sowie Demografie und Familie/Beruf Massnahmen prüfe, die auch finanziert werden müssen.

Insgesamt standen mit dem gesetzlichen Steuerfuss vier Varianten zur Auswahl, über die abzustimmen war. Gestützt auf § 76 Abs. 3 des Kantonsratsbeschlusses über die Geschäftsordnung des Kantonsrats (BGS 141.1) hatte jedes der 13 anwesenden Stawiko-Mitglieder pro Abstimmung eine Stimme. Das absolute Mehr betrug 7 Stimmen. Es wurden drei Abstimmungen mit folgenden Ergebnissen durchgeführt:

Antrag für Steuerfuss	1. Abstimmung	2. Abstimmung	3. Abstimmung
82 Prozent	5	X	7
80 Prozent	2	10	6
78 Prozent	4	X	0
84 Prozent	2	3	X
Total Stimmen	13	13	13

- ➔ Somit beantragt die Stawiko, den Steuerfuss gemäss § 2 Abs. 2 des Steuergesetzes vom 25. Mai 2000 (BGS 632.1) bei 82 Prozent zu belassen.

Die Stawiko liess durch die Finanzdirektion abklären, wie das korrekte Vorgehen wäre, wenn der Kantonsrat einen vom Gesetz abweichenden Steuerfuss beschliessen würde. Im Nachgang zur Sitzung wurden wir wie folgt informiert:

4.2.1. Fakultatives Referendum

Gemäss § 2 Abs. 2 des Steuergesetzes unterliegt ein solcher Beschluss dem fakultativen Referendum. Die Referendumsfrist beträgt gemäss § 34 Abs. 2 der Kantonsverfassung (KV; BGS 111.1) sechzig Tage seit der amtlichen Veröffentlichung des Beschlusses des Kantonsrats.

Wenn der Kantonsrat den Beschluss an der Sitzung von Ende November 2019 fassen würde, könnte er im Amtsblatt anfangs Dezember 2019 veröffentlicht werden und die Referendumsfrist würde anfangs Februar 2020 ablaufen.

Eine allfällige Volksabstimmung hätte dann, gestützt auf § 34 Abs. 5 KV, innert sechs Monaten nach der Einreichung der Unterschriften bei der Staatskanzlei zu erfolgen, spätestens also anfangs August 2020. Würde innert drei Monaten nach Ablauf der 60-tägigen Frist, d. h. ab Mai 2020, ein eidgenössischer oder kantonaler Urnengang stattfinden, könnte die Abstimmung mit diesem zusammengelegt werden.

4.2.2. Behördenreferendum

Gestützt auf § 34 Abs. 4 KV könnte die Volksabstimmung auch von einem Drittel der Mitglieder des Kantonsrates unmittelbar nach der Schlussabstimmung beschlossen werden (Behördenreferendum). Dann würde die sechsmonatige Frist zur Durchführung der Volksabstimmung Ende November 2019 zu laufen beginnen und müsste also spätestens Ende Mai 2020 stattfinden. Wenn innert dreier Monate nach dem Kantonsratsbeschluss ein eidgenössischer oder kantonaler Urnengang stattfinden würde, könnte die Abstimmung bereits ab Februar 2020 erfolgen.

5. Öffentlich-rechtliche Anstalten

Die öffentlich-rechtlichen Anstalten sind nicht Bestandteil der Staatsrechnung. Jedoch hat der Kantonsrat aufgrund von Bestimmungen in Spezialgesetzen die Budgets der Pädagogischen Hochschule Zug und der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel zu beschliessen.

5.1. Pädagogische Hochschule Zug (Seiten 331–336)

Der Leistungsauftrag der PH Zug ist gleich aufgebaut wie diejenigen der kantonalen Ämter. Das Globalbudget ist mit einem Aufwandüberschuss von rund 9,0 Millionen Franken um 1,3 Millionen Franken oder 17,3 Prozent höher als im Vorjahr. Der Aufwandüberschuss entspricht dem Kantonsbeitrag, der im Amt für Mittelschulen und Pädagogische Hochschule (Amt Nr. 1730) verbucht wird.

Die Erhöhung des Kantonsbeitrags um 1,3 Millionen Franken wurde gegenüber der Stawiko-Delegation wie folgt begründet:

«1,3 Millionen Franken höherer Kantonsbeitrag an PH Zug aufgrund der vom Hochschulrat am 15. Mai 2019 beschlossenen Strategie 2019–2026 und der damit verbundenen Projekte und Entwicklungsmassnahmen im Grundauftrag der PH Zug. Die Strategie wurde mit Stakeholdern der PH Zug (u. a. gemeindliche Schulen, Wirtschaft etc.) gemeinsam erarbeitet. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um: Weiterentwicklung des Studienangebots im Rahmen des Strategieziels «neue Formen des Lehrens und Lernens»; Strategieziel Digitalisierung und überfachliche Kompetenzen (u. a. Ausbau der technischen Infrastruktur sowie Medien/Informatik als eigenes Fach im Curriculum für Primarstufenlehrperson); Aufbau von Professuren im vierfachen Leistungsauftrag (insb. Mathematik- und Deutschdidaktik); Ausbau von Dienstleistungen in allen Fachdidaktiken; Weiterentwicklung der Hochschulstrukturen mit Aufbau einer Qualitätsmanagement-Stelle gemäss Anforderungen des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes HFKG. Der ursprüngliche Kantonsbeitrag bei der Gründung der PH Zug ging von 8,3 Millionen Franken aus. In den letzten Jahren lagen die Kantonsbeiträge wesentlich tiefer, was notwendige Weiterentwicklungen über viele Jahre bremste.»

5.2. Interkantonale Strafanstalt Bostadel (Seiten 337–338)

Gemäss Art. 4 Abs. 1 des Vertrages zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Zug zur Errichtung und zum Betrieb einer gemeinsamen Strafanstalt im Bostadel (Anhang zu BGS 332.31) müssen die Parlamente beider Kantone das Budget, die Jahresrechnung und den Jahresbericht beschliessen. Das Budget 2020 rechnet mit einem kleinen Ertragsüberschuss von rund 7700 Franken, wovon der Kanton Zug einen Fünftel oder 1542 Franken erhält. Dieser Betrag ist im Globalbudget des Amtes für Justizvollzug (Amts Nr. 3596) bei der Sicherheitsdirektion eingestellt. Die Investitionsrechnung sieht Ausgaben von 966 000 Franken vor.

6. Finanzstatus

Der aktuelle Finanzstatus erfasst die finanziellen Auswirkungen derjenigen Geschäfte, die in der Zeit vom 19. September 2018 bis 26. September 2019 von der Regierung und dem Kantonsrat beschlossen worden sind. Der Finanzstatus zeigt die Differenzen zwischen den effektiven Ausgabenbeschlüssen und den Budget- bzw. Finanzplanzahlen. Es ist zu beachten, dass die finanziellen Entwicklungen, die nicht auf RR- oder KR-Beschlüsse zurückgehen (wie zum Beispiel Veränderungen bei den Steuererträgen oder die zeitliche Verschiebung von Investitionsprojekten) nicht berücksichtigt sind. Die Übersicht fasst alle finanziellen Auswirkungen zusammen. Es zeigt sich, dass die erfassten Beschlüsse die Jahresrechnung 2019 um 1,35 Millionen Franken weniger belasten als budgetiert. Die Investitionsrechnung liegt um rund 2,85 Millionen Franken über dem Budget, die dann im Planjahr 2020 weniger anfallen. Die Stawiko die Übersicht des Finanzstatus diesem Bericht bei (siehe Beilage 3).

→ Die Stawiko nimmt vom Finanzstatus per 26. September 2019 Kenntnis.

7. Jahresberichte 2018 der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommissionen

Die Staatskanzlei stellt die Jahresberichte der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommissionen (IGPK) jeweils allen Mitgliedern des Kantonsrates zur Kenntnisnahme zu. Eine Traktandierung findet nicht statt, sodass der Kantonsrat dazu keine Stellung nehmen kann. Der Kanton Zug wird in den verschiedenen IGPK durch die Stawiko-Mitglieder vertreten, die für die jeweilige Direktion zuständig sind.

→ Die Stawiko nimmt folgende Jahresberichte 2018 zur Kenntnis:

- Interkantonale Polizeischule Hitzkirch (IPH)
- Hochschule Luzern (HSLU)
- Zentralschweizer BVG- und Stiftungsaufsicht (ZBSA)

8. Anträge

Die Stawiko beantragt Ihnen Folgendes:

- 1) mit 13 Ja- zu 0 Nein-Stimme ohne Enthaltung, auf das Budget 2020 einzutreten;
- 2) mit 7 Ja- zu 6 Nein-Stimmen ohne Enthaltung, den Steuerfuss der allgemeinen Kantonssteuer für das Jahr 2020 unverändert auf 82 Prozent der Einheitssätze zu belassen;
- 3) mit 13 Ja- zu 0 Nein-Stimme ohne Enthaltung, die Leistungsaufträge 2020 zu genehmigen;
- 4) mit 13 Ja- zu 0 Nein-Stimme ohne Enthaltung, das Budget 2020 (Vorlage Nr. 3012.1 - 00000) mit folgenden Änderungen zu genehmigen (Abstimmungsverhältnisse zu den Änderungsanträgen siehe Kapitel Detailberatung):
 - a) Reduktion des Globalbudgets des Direktionssekretariats der Direktion für Bildung und Kultur um 15 000 Franken, mit der Erwartung, gleichzeitig den Stellenetat um zehn Prozent zu reduzieren.
 - b) Reduktion des Globalbudgets des Amts für Berufsberatung um 30 000 Franken, mit der Erwartung, die beantragte 20 Prozent-Stelle für die Sachbearbeitung in der Stipendienstelle intern zu besetzen.
 - c) Erhöhung des Globalbudgets der Zuger Polizei um 150 000 Franken, mit der Erwartung, eine 100 Prozent-Stelle im Bereich der Pädokriminalität zu besetzen.
 - d) Reduktion des Globalbudgets der Zuger Polizei um 200 000 Franken mit der Erwartung, die budgetierten Bussenerträge entsprechend zu senken.
- 5) mit 13 Ja- zu 0 Nein-Stimme ohne Enthaltung, den Leistungsauftrag und das Globalbudget 2020 der Pädagogischen Hochschule Zug zu genehmigen;
- 6) mit 13 Ja- zu 0 Nein-Stimme ohne Enthaltung, das Budget 2020 der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel zu genehmigen;
- 7) den Finanzplan 2020–2023 zur Kenntnis zu nehmen;
- 8) die Finanzierungsprognose bis 2027 zu kantonalen Investitionsprojekten zur Kenntnis zu nehmen (siehe dazu Ziffer 7 im Bericht des Regierungsrats).

Steinhausen, 6. November 2019

Mit vorzüglicher Hochachtung

Im Namen der erweiterten Staatswirtschaftskommission

Der Präsident: Andreas Hausheer

Beilagen:

- 1) Stellenübersicht per 10. September 2019
- 2) Stellenanträge Budget 2020; Stand 10. September 2019
- 3) Finanzstatus per September 2019
- 4) Matrix zum Ablauf bei Nichtgenehmigung von Leistungsauftrag und/oder Globalbudget

Beilage 1

Kanton Zug - Budget 2020: Stellenübersicht der Kantonalen Verwaltung und Richterlichen Behörden (Stand 10.09.2019)																			Finanzdirektion/Personalamt	
Bemerkungen:																				
- Enthalten sind alle Stellen für Festangestellte (inkl. Projekt- und drittfinanzierte Stellen). Nicht enthalten sind die Stellen für Hilfskräfte, Aushilfen, Fachpersonal und Personal in Ausbildung.																				
- Die internen und externen Sozialstellen sind in der Amts-Nr. 5011 «Allgemeiner Personalaufwand» enthalten.																				
- Die Spalte «Ist 31.12.1x» ist eine Momentaufnahme und gibt keine Auskunft über die belegten Jahresdurchschnittspensen.																				
- Die Spalten 4 (F19 via Budget 2017), 5 (F19 via Budget 2018) und 6 (F10 via Budget 2019) sind nur zur Information aufgeführt und können nicht rechnerisch verwendet werden. Horizontal gerechnet wird ab Spalte 7 «Budget 2019».																				
- Die farbigen Kommentare beziehen sich auf die entsprechenden gelben Spalten mit farbiger Schrift zum Budget 2019 (in der Mitte der Tabelle).																				
Amts-Nr./ KST, KTR	Direktion / Amt	Ist 31.12.18	F19 via Budget 2017	F19 via Budget 2018	F19 via Budget 2019	Budget 2019	Neue Aufg.	Gener. Wachst.	Erfolgs- neutrale Stellen	F19 via Budget 2020	Budget 2020	F19 via Budget 2021	übrige Veränd. 2021	Plan 2021	F19 via Budget 2022	übrige Veränd. 2022	Plan 2022	Veränd. 2023	Plan 2023	Kommentare
11	Allgemeine Verwaltung	36.10	-0.20	0.00	-2.10	34.85	0.00	0.95	1.15	0.30	37.25	0.00	0.40	37.65	0.00	0.00	37.65	-0.20	37.45	
1120.0900	Kanzlei	22.95	-0.20		-1.40	21.45		0.10	-0.20		21.35			21.35			21.35		21.35	+0.10 Bereichsleitung -0.20 an 1130
1126	Staatsarchiv	10.40			-0.70	8.95		0.85	1.15	0.30	11.25		0.40	11.65			11.65	-0.20	11.45	+0.15 Wissenschaftl. Archivar/in +0.70 Archivar digit. Aufbereitung +0.25 Gemeinde-Archivar/in (2) +0.90 Kirchgemeinde-Archivar/in +0.30 Verzicht auf F19-1126.27 2021: +0.20 Arch. (dig. Aufber.) +0.20 Gde-Arch. St'hausen 2023: -0.20 Gde-Arch. befr.
1128	Ombudsstelle	1.15				1.55					1.55			1.55			1.55		1.55	
1129	Datenschutzstelle	1.60				1.60		0.50			2.10			2.10			2.10		2.10	+0.50 IT-Fachperson
1130	Kommunikationsstelle des Regierungsrats					1.30		-0.50	0.20		1.00			1.00			1.00		1.00	-0.50 Reduktion +0.20 von 1120
15	Direktion des Innern	203.70	-0.10	-0.60	-4.10	203.75	1.00	0.40	1.00	-0.40	205.75	0.00	0.00	205.75	0.00	0.00	205.75	0.00	205.75	
1500	Direktionssekretariat	15.15	-0.10		-0.85	14.55					14.55			14.55			14.55		14.55	
1515.0900	Amt für Grundbuch und Geoinformation	30.50				30.10		0.40			30.50			30.50			30.50		30.50	+0.40 Techn.wiss.Sachbearb.
1530.0300	Amt für Wald und Wild	17.15			-0.20	17.70					17.70			17.70			17.70		17.70	
1550	Sozialamt	72.50			-2.25	73.00			0.00		73.00			73.00			73.00		73.00	
1552	Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz	41.75				41.75	1.00				42.75			42.75			42.75		42.75	+1.00 Behördenmitglied
1580.0300	Amt für Denkmalpflege und Archäologie	26.65		-0.60	-0.80	26.65			1.00	-0.40	27.25			27.25			27.25		27.25	+1.00 Wiss. Mitarb. Denkmalpf. -0.40 F19-1580.02
17	Direktion für Bildung und Kultur	304.52	0.00	-0.30	-0.05	298.81	1.00	4.53	1.00	0.00	305.34	-2.40	4.16	307.10	-2.60	0.81	305.31	1.87	307.18	
1700.0300	Direktionssekretariat	4.85			-0.05	4.90					4.90		-0.10	4.80			4.80		4.80	2021: -0.10 Unterstützung Land- amman (befristet auf 2 Jahre)
1730	Amt für Mittelschulen und PH	250.32				248.61	1.00	4.33	1.00	0.00	254.94	-2.40	4.26	256.80	-2.60	0.81	255.01	1.87	256.88	+0.20 Wissenschaftl. Mitarb. Kantonsschule Zug: +1.00 Hauswart -1.00 an 1730.2100 -0.62 Lehrpersonen 2021: -1.59 F19-1730.02 2022: -1.70 F19-1730.02 Kantonsschule Menzingen: +1.00 Schulverwaltung +1.00 von 1730.1100 +4.75 Lehrpersonen 2021: -0.57 F19-1730.02 2022: -0.63 F19-1730.02 Fachmittelschule: 2021: -0.24 F19-1730.02 2022: -0.27 F19-1730.02

Amts-Nr./ KST, KTR	Direktion / Amt	Ist 31.12.18	F19 via Budget 2017	F19 via Budget 2018	F19 via Budget 2019	Budget 2019	Neue Aufg.	Gener. Wachst.	Erfolgs- neutrale Stellen	F19 via Budget 2020	Budget 2020	F19 via Budget 2021	übrige Veränd. 2021	Plan 2021	F19 via Budget 2022	übrige Veränd. 2022	Plan 2022	Veränd. 2023	Plan 2023	Kommentare
1740	Amt für gemeindliche Schulen	25.60		-0.10		26.45					26.45			26.45			26.45		26.45	
1777	Amt für Berufsberatung	12.80		-0.20		12.80		0.20			13.00			13.00			13.00		13.00	+0.20 Sachbearb. Stipendien
1780.0300	Amt für Sport (ab 2019: 4051)	4.90				0.00														
1790	Amt für Kultur	6.05				6.05					6.05			6.05			6.05		6.05	
20	Volkswirtschaftsdirektion	318.19	-2.00	-3.51	-2.58	320.59	2.65	0.60	2.50	0.00	326.34	0.00	0.00	326.34	0.00	-0.65	325.69	0.00	325.69	
2000	Direktionssekretariat	6.25				6.25					6.25			6.25			6.25		6.25	
2011	Amt für Berufsbildung	10.60		-0.75		11.30					11.30			11.30		0.10	11.40		11.40	2022: +0.10 von 2012 (Integr. vorlehre), befristet bis + mit 2021
2012	Amt für Brückenangebote:	25.66		-1.00	-0.58	27.54					27.54			27.54		-0.10	27.44		27.44	
2012.0310	- Administration	1.85				1.85					1.85			1.85		-0.10	1.75		1.75	2022: -0.10 an 2011 (Integr. vorlehre), befristet bis + mit 2021
	- Lehrpersonen	23.81		-1.00	-0.58	25.69					25.69			25.69			25.69		25.69	
2013	GIBZ:	118.47	-1.95		-1.00	117.53		0.54	0.10		118.17			118.17			118.17		118.17	
	- Administration	25.00	0.20			25.35		0.05	0.10		25.50			25.50			25.50		25.50	+0.05 Sachb. Rechnungsführ. +0.10 von 2072.0900
	- Lehrpersonen	93.47	-2.15		-1.00	92.18		0.49			92.67			92.67			92.67		92.67	+0.49 Lehrpersonen
2015	LBBZ:	15.25		-0.15		15.30		0.30	2.50		18.10			18.10			18.10		18.10	
	- Administration	7.95		-0.15		8.00			2.50		10.50			10.50			10.50		10.50	+1.30 Mitarbeit. Hauswirtschaft +0.20 Sachbearbeitung +0.60 Leitung Direktvermarkt. +0.40 Landwirtschaftl. Mitarb.
	- Lehrpersonen	7.30				7.30		0.30			7.60			7.60			7.60		7.60	+0.30 Lehrperson Tierhaltung
2019	KBZ:	67.51		-0.71	-1.00	70.37		-0.24			70.13			70.13			70.13		70.13	
	- Administration	12.50				12.45					12.45			12.45			12.45		12.45	
	- Lehrpersonen	55.01		-0.71	-1.00	57.92		-0.24			57.68			57.68			57.68		57.68	-0.24 Lehrpersonen
2030	Amt für Wirtschaft und Arbeit	15.70		-0.85		15.75					15.75			15.75			15.75		15.75	
2031	Arbeitslosenkasse	21.10				24.30					24.30			24.30			24.30		24.30	
2035	Amt für öffentl. Verkehr (ab 2019: in 3081)	4.10		-0.05		0.00														
2050	Landwirtschaftsamt	5.55				5.75					5.75			5.75			5.75		5.75	
2065.0300	Amt für Wohnungswesen (ab 2019: in 3081)	2.40				0.00														
2072	Handelsregister- und Konkursamt	25.60	-0.05			26.50	2.65		-0.10		29.05			29.05		-0.65	28.40		28.40	+0.65 Sachbearb. Archiv (befr.) +2.00 Konkursbearbeitung -0.10 an 2013.0300 2022: -0.65 Sachb. Archiv befr.

Amts-Nr./ KST, KTR	Direktion / Amt	Ist 31.12.18	F19 via Budget 2017	F19 via Budget 2018	F19 via Budget 2019	Budget 2019	Neue Aufg.	Gener. Wachst.	Erfolgs- neutrale Stellen	F19 via Budget 2020	Budget 2020	F19 via Budget 2021	übrige Veränd. 2021	Plan 2021	F19 via Budget 2022	übrige Veränd. 2022	Plan 2022	Veränd. 2023	Plan 2023	Kommentare
30	Baudirektion	154.65	-2.30	-0.35	-1.80	162.10	1.10	1.80	0.40	-0.50	164.90	0.00	0.00	164.90	0.00	0.00	164.90	0.00	164.90	
3000	Direktionssekretariat	10.95	-0.40	-0.25		12.45					12.45			12.45			12.45		12.45	
3020	Tiefbauamt	65.15			-1.10	65.25		1.50		-0.50	66.25			66.25			66.25		66.25	+1.00 Erhalt.manager Strassen +0.50 Projektleiter/in 2020: -0.50 F19-3020.09
3050.0300	Amt für Umwelt	17.70		-0.10	-0.10	17.90	1.10	0.30	-0.20		19.10			19.10			19.10		19.10	+0.60 Fachpers. Altlasten (befr.) +0.50 GIS Verantwortliche/r +0.30 Projektleit. NIS (befristet) -0.20 an 4050.0300
3060.0300	Hochbauamt	45.70	-1.90		-0.60	47.45			0.60		48.05			48.05			48.05		48.05	+0.60 Mitarbeiter/in Postdienst
3080.0000	Amt für Raumplanung	15.15				0.00														
3081.0300	Amt für Raum und Verkehr					19.05					19.05			19.05			19.05		19.05	
35	Sicherheitsdirektion	406.03	-1.20	-2.30	-0.20	411.30	4.50	5.20	0.00	-0.10	420.90	0.00	0.50	421.40	0.00	0.00	421.40	-1.00	420.40	+0.20 IT-Beauftragte/r
3500	Direktionssekretariat	8.70				8.35		0.20			8.55			8.55			8.55		8.55	
3540	Amt für Zivilschutz und Militär	15.90			-0.20	15.80				-0.10	15.70			15.70			15.70		15.70	2020: -0.10 F19-3540.04
3581	Strassenverkehrsamt	42.80		1.00		43.40			0.00		43.40			43.40			43.40		43.40	
3590	Zuger Polizei	301.05	-1.20	-3.30		305.85	2.50	5.00			313.35		0.50	313.85			313.85	-1.00	312.85	+0.50 Sb Rechtshilfe SVG +1.00 Spezialist/in Waffen (befr.) +1.00 Leitung Praxisjahr +1.00 Sb Cyberermittlung SIPO +1.00 Sb Cyberermittlung REHI +0.20 Sb Anlassbewilligungen +1.00 Sb Häusliche Gewalt +0.30 Sb. Personelles +0.50 Sb Kommandooffice +1.00 Sb Gewaltschutz 2021: +0.50 Sb Präv.koord./SocM 2023: -1.00 befr. Spez. Waffen
3592	Amt für Migration	17.88				18.20	2.00				20.20			20.20			20.20		20.20	+2.00 Sachbearbeitung
3596	Amt für Justizvollzug	19.70				19.70					19.70			19.70			19.70		19.70	
40	Gesundheitsdirektion	72.70	0.00	0.00	-1.40	85.30	0.80	4.85	0.70	0.00	91.65	0.00	-0.50	91.15	0.00	-1.00	90.15	-1.00	89.15	
4000	Direktionssekretariat	9.45			-0.15	12.05					12.05		-0.50	11.55			11.55		11.55	2021: -0.50 Jurist/in befr.
4005	Amt für Verbraucherschutz	15.70			-1.15	16.45	0.60	1.00	0.00		18.05			18.05		-1.00	17.05		17.05	+0.60 Techn. Sachbearbeitung +1.00 Labormitarbeiter/in (befr.) 2022: -1.00 Labormitarb. befr.
4021.0300	Rettungsdienst Zug	29.40				33.75		3.25	0.20		37.20			37.20			37.20		37.20	+3.25 Rettungssanität. 3. Team +0.20 Rettungssanitäter/in
4050.0300	Amt für Gesundheit	18.15				18.25	0.20	0.60	-1.80		17.25			17.25			17.25	-1.00	16.25	+0.20 Projektleitung NISSG +0.60 Sachbearbeiter/in -2.00 an 4051 +0.20 von 3050.0300 2023: -1.00 Wiss. MA befristet
4051	Amt für Sport (bis 2018: 1780)				-0.10	4.80			2.30		7.10			7.10			7.10		7.10	+0.30 Projektleiter/in +2.00 von 4050

Amts-Nr./ KST, KTR	Direktion / Amt	Ist 31.12.18	F19 via Budget 2017	F19 via Budget 2018	F19 via Budget 2019	Budget 2019	Neue Aufg.	Gener. Wachst.	Erfolgs- neutrale Stellen	F19 via Budget 2020	Budget 2020	F19 via Budget 2021	übrige Veränd. 2021	Plan 2021	F19 via Budget 2022	übrige Veränd. 2022	Plan 2022	Veränd. 2023	Plan 2023	Kommentare
50	Finanzdirektion	202.44	-2.30	-0.50	0.15	205.10	1.00	11.00	0.30	-2.00	215.40	-1.00	3.00	217.40	0.00	-0.30	217.10	0.00	217.10	
5000	Direktionssekretariat	8.30	-1.05	-0.10	0.15	8.30					8.30			8.30			8.30		8.30	
5001	Finanzkontrolle	3.50				3.50					3.50			3.50			3.50		3.50	
5010	Personalamt	6.95				6.95		2.00			8.95		1.00	9.95			9.95		9.95	+2.00 Personalfachpersonen 2021: +1.00 Personalfachperson
5011	Allgemeiner Personalaufwand	13.69				14.20					14.20			14.20			14.20		14.20	
5020	Finanzverwaltung	7.60	-0.90	-0.40		8.00					8.00			8.00			8.00		8.00	
5050	Amt für Informatik und Organisation	37.60	-0.35			38.80	1.00	7.00	0.30	-2.00	45.10	-1.00	2.00	46.10			46.10		46.10	+1.00 Applikationsmgr Zuglogin +1.00 Applikationsmgr/-integrat. +2.00 Systemspez. IT-Infrastrukt +1.00 Business Analyst/Proj.leit. +1.00 Projektleit. IT-Infrastruktur +2.00 Digital Zug/Kompetenzzent. *+0.30 von 1120 vom Budg 2019 -2.00 F19-5050.08 2021: -1.00 F10-5050.14 +2.00 Digital Zug/ Kompe- tenzzentrum digit. Transformation
5060.0300	Steuerverwaltung	124.80				125.35		2.00			127.35			127.35		-0.30	127.05		127.05	+1.00 Einschätz.expert. NP +1.00 Sachb. Rückerst. NP 2022: -0.30 IT-Governance
	Total Kantonale Verwaltung	1698.33	-8.10	-7.56	-12.08	1721.80	12.05	29.33	7.05	-2.70	1767.53	-3.40	7.56	1771.69	-2.60	-1.14	1767.95	-0.33	1767.62	45.73
61	Richterliche Behörden	105.70	-0.50		-0.10	107.30	0.00	0.40	0.00	0.00	107.70	0.00	0.00	107.70	0.00	0.00	107.70	0.00	107.70	0.40
6111	- Obergericht: Richter/innen	18.00				18.00					18.00			18.00			18.00		18.00	
6181	- Verwaltungsgericht: Richter/innen	2.80				3.00					3.00			3.00			3.00		3.00	
6111	- Obergericht: Angestellte	77.60	-0.50		-0.10	78.00		0.40			78.40			78.40			78.40		78.40	+0.40 für gesamte Zivil- und Strafrechtspflege
6181	- Verwaltungsgericht: Angestellte	6.50				7.50					7.50			7.50			7.50		7.50	
6183	- Schätzungskommission (Sekretariat)	0.80				0.80					0.80			0.80			0.80		0.80	

Beilage 2

Stellenanträge Budget 2020 (in Prozent), Stand 10.09.2019									
Dir	Amts#	Amt	Stellenbezeichnung	Neue Aufg	Gen Wachst	Erfolgsneutr	befristet	1. Priorität RR U*	Grundlage
AV1	1120.0900	Staatskanzlei	Bereichsleitung		10		nein		
AV2	1126.0000	Staatsarchiv	Wissenschaftl. Archivar/in u. digi. Nachersch.		85		nein		
AV4	1126.0000	Staatsarchiv	Gemeinde-Archivar/in			20	bis 2022		
AV4a	1126.0000	Staatsarchiv	Gemeinde-Archivar/in Einwohnergde. Neuheim.			5	nein		
AV5	1126.0000	Staatsarchiv	Kirchgemeinde-Archivar/in			90	nein		
Total AV				0	95	115	Gesamt	210	
DI1	1515.0300	Amt für Grundbuch und Geoinformation	Techn.-wiss. Sachbearbeitung		40		nein		
DI3	1552.0300	Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz	Behördenmitglied	100			nein	Bundesgesetz	Art. 298a ff + 264 ff ZGB
DI6	1580.0300	Amt für Denkmalpflege und Archäologie	Wissenschaftl. Mitarbeiter/in			100	nein	U*	
Total DI				100	40	100	Gesamt	240	
DBK1	1730.0300	Amt für Mittelschulen und PH	Wissenschaftl. Mitarbeit		20		nein		
DBK2	1730.1100	AMH: Kantonsschule Zug	Hauswart Dreifachsporthalle KSZ			100	nein	U*	
DBK3	1730.2100	AMH: Kantonsschule Menzingen	Schulverwaltung	100			nein	KRB	KRB 2336.1 LN 14542
DBK4	1730.2100	AMH: Kantonsschule Menzingen	Lehrpersonen		475		nein	Lehrpersonal	
DBK5	1777.0330	BIZ Berufsinformationszentrum	Sachbearbeitung Stipendien		20		nein		
Total DBK				100	515	100	Gesamt	715	
VD1	2013.0300	GIBZ Verwaltung	Sachbearb. Rechnungsführung		5		nein		
VD2	2013.0305	GIBZ Lehrpersonal	Lehrperson		49		nein	Lehrpersonal	
VD3	2015.0110	LBBZ Schluechthof	Mitarb. Hauswirtschaft			130	nein	U*	
VD4	2015.0300	LBBZ Schluechthof	Sachbearbeiter/in			20	nein	U*	
VD5	2015.0310	LBBZ Schluechthof	Lehrperson Tierhaltung		30		nein	Lehrpersonal	
VD6	2015.5100	LBBZ Schluechthof	Leitung Direktvermarktung			60	nein	U*	
VD7	2015.5100	LBBZ Schluechthof	Landwirtschaftl. Mitarbeiter/in			40	nein		
VD8	2072.0000	Handelsregister- und Konkursamt	Sachbearbeitung Archiv	65			bis 2021	Bundesgesetz	Art. 123 Abs. 2 Bst. a HRVO, OR
VD9	2072.0000	Handelsregister- und Konkursamt	Konkurssachbearbeitung	100			nein	Bundesgesetz	Art. 731b Abs. 1 OR
VD10	2072.0000	Handelsregister- und Konkursamt	Konkurssachbearbeitung	100			nein	Bundesgesetz	Art. 731b Abs. 1 OR
Total VD				265	84	250	Gesamt	599	
BD1	3020.0300	Tiefbauamt	Erhaltungsmanager Strassen, Mitglied GL		100		nein		
BD2	3020.0300	Tiefbauamt	Projektleitung		50		nein		
BD3	3050.0300	Amt für Umwelt	Fachperson Altlasten	60			bis 2025	Bundesgesetz	Altlastenverordnung SR 814.680
BD4	3050.0300	Amt für Umwelt	GIS Verantwortliche/r	50			nein	Bundesgesetz	GeolG SR 510.62, GeolV SR 510.620
BD5	3050.0300	Amt für Umwelt	Projektleitung NIS		30		bis 2025		
BD6	3060.0000	Hochbauamt	Mitarb. Postdienst			60	nein		
Total BD				110	180	60	Gesamt	350	

Stellenanträge Budget 2020 (in Prozent), Stand 10.09.2019																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
---	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--



Finanzstatus Übersicht

Zeitraum: 19. September 2018 bis 26. September 2019

1. Erfolgsrechnung (in 1'000 Franken)				
		+ Mehraufwand / - Minderaufwand		
Jahr	Aufwand gemäss Budget / Finanzplan	Differenz Aufwand für neue Geschäfte	Differenz Abschreibung (10% degressiv)	Aufwand ER aktualisiert
2019	1'514'852	-1'654	285	1'513'484
2020	1'559'775	-176	-50	1'559'549
2021	1'603'846	5	139	1'603'990
2022	1'625'462	3'129	2'676	1'631'266
		+ Mehrertrag / - Minderertrag		
Jahr	Ertrag gemäss Budget / Finanzplan	Differenz Ertrag		Ertrag ER aktualisiert
2019	1'485'393	-17		1'485'376
2020	1'561'880	-61		1'561'819
2021	1'625'957	-52		1'625'905
2022	1'636'802	-52		1'636'750
		+ Ergebnisverbesserung / - Ergebnisverschlechterung		
Jahr	Ergebnis ER gemäss Budget / Finanzplan	Differenz Total		Ergebnis ER aktualisiert
2019	-29'459	1'352		-28'108
2020	2'105	165		2'270
2021	22'110	-196		21'915
2022	11'340	-5'856		5'484

2. Investitionsrechnung (in 1'000 Franken)			
		+ Mehrausgaben / - Minderausgaben	
Jahr	Netto- investitionen	zusätzliche Investitionen aus neuen Geschäften	Netto- investitionen aktualisiert
2019	94'666	2'852	97'518
2020	136'331	-3'063	133'268
2021	120'491	1'832	122'323
2022	139'494	25'510	165'004

3. Finanzrechnung (in 1'000 Franken)					
Jahr	Ergebnis ER (A)	Selbst- finanzierung (B)	Netto- investitionen (C)	Finanzierungs- fehlbetrag (B-C)	Selbst- finanzierungs- grad (B/C)
2019	-29'459	59'600	94'666	-35'066	63.0%
aktualisiert	-28'108	60'952	97'518	-36'566	62.5%
2020	2'105	81'500	136'331	-54'831	59.8%
aktualisiert	2'270	81'665	133'268	-51'603	61.3%
2021	22'110	100'700	120'491	-19'791	83.6%
aktualisiert	21'915	100'504	122'323	-21'819	82.2%
2022	11'340	91'500	139'494	-47'994	65.6%
aktualisiert	5'484	85'644	165'004	-79'360	51.9%

Beilage 4**Ablauf bei Nichtgenehmigung von Leistungsauftrag und / oder Globalbudget**

Die untenstehende Matrix zeigt die verschiedenen Kombinationsmöglichkeiten bei der Genehmigung bzw. Nichtgenehmigung von Leistungsauftrag und / oder Globalbudget auf:

	Globalbudget beschlossen	Globalbudget gekürzt oder erhöht	Globalbudget nicht beschlossen
Leistungsauftrag genehmigt	1 Globalbudget und Leistungsauftrag sind verabschiedet	2 RR kann, sofern nötig, einen revidierten Leistungsauftrag unterbreiten	3 RR legt neues Globalbudget vor und kann, sofern nötig, einen revidierten Leistungsauftrag unterbreiten
Leistungsauftrag nicht genehmigt	4 ausgeschlossen (nach § 32 FHG ist ein Leistungsauftrag Voraussetzung für ein Globalbudget)	5 ausgeschlossen (nach § 32 FHG ist ein Leistungsauftrag Voraussetzung für ein Globalbudget)	6 RR legt revidierten Leistungsauftrag samt neuem Globalbudget vor

Bei einer allfälligen Nichtgenehmigung von Leistungsauftrag und / oder Globalbudget kommt die Regelung von § 7 Abs. 6 des Organisationsgesetzes vom 29. Oktober 1998 (BGS 153.1) zum Tragen:

zu Fall 2: Ändert der Kantonsrat das Globalbudget, so kann der Regierungsrat, sofern er dies als notwendig erachtet, aufgrund des beschlossenen Globalbudgets dem Kantonsrat bis Ende Februar des Budgetjahres einen revidierten Leistungsauftrag unterbreiten.

zu Fall 3: Dies gilt analog auch dann, wenn der Kantonsrat zwar den Leistungsauftrag genehmigt, dem Globalbudget aber die Genehmigung verweigert.

zu Fall 6: Verweigert der Kantonsrat die Genehmigung eines Leistungsauftrages, so legt der Regierungsrat dem Kantonsrat bis Ende Februar des Budgetjahres einen revidierten Leistungsauftrag samt entsprechendem Globalbudget vor.